

Landratsamt Ortenaukreis
Straßenbauamt
Offenburg

Offenburg, 22.10.2020

Gemeinsame Stellungnahme des BUND-Kreisverbandes (Umweltzentrum Ortenau) und der betroffenen BUND-Ortsverbände Lahr und Ettenheim zur Planung K 5344 einer Kreisstraße zwischen Ringsheim und Lahr

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Den Neubau einer Kreisstraße zwischen Ringsheim und Lahr lehnen wir als Umweltschutzverband ab.

Wir möchten besonders auf folgende Kritikpunkte aufmerksam machen:

1. Fraglicher Nutzen

Seit Jahrzehnten versucht man, den zunehmenden motorisierten Individualverkehr (MIV) sowie den Schwerlastverkehr durch den Bau neuer Straßen in den Griff zu bekommen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass der Ausbau zwar kurzfristig die alten Strecken entlastet, sie dadurch aber gleichzeitig wieder attraktiver macht und nach kurzer Zeit sowohl die neue, als auch die alte Strecke wieder überlastet sind.

Auch die vorgelegten Varianten für einen Straßenneubau halten wir für einen regelrechten Magneten, der Verkehr von der Autobahn abzieht und neuen Verkehr mit all seinen negativen Folgen wie Abgase und Verlärmung anlockt. Zusätzlich – vielleicht sogar vorrangig? - soll die neue Trasse die verkehrliche Erschießung der vorhandenen und geplanten Gewerbe- und Industriegebiete verbessern. Dies würde wiederum weiten Flächenverbrauch nach sich ziehen und wie oben erwähnt auch weiteren Verkehr erzeugen, der wieder nicht an die Schiene, sondern an die Straße angebunden ist.

Statt einfach die Prognose für ständig weiter ansteigenden MIV als Rechtfertigung dafür herzunehmen, die gleichen Fehler wieder und wieder zu machen, ist es Aufgabe der Entscheidungsträger, endlich neue Konzepte zu erarbeiten, um dem weiteren Anstieg des Straßenverkehrs entgegenzuwirken.

Der BUND fordert eine intelligente Verkehrswende durch eine neue Strukturpolitik, durch Verkehrsvermeidung sowie Verlagerung auf Fuß- und Radverkehr, ÖPNV und auf die Schiene. Vorschläge dazu gibt es bereits zur Genüge.

2. Widerspruch zu Klima- und Artenschutz

In Zeiten des Klimawandels ist der Neubau von Straßen ein Schritt in die falsche Richtung. Während sich die Klimakrise und Artensterben zuspitzen und an vielen Stellen darum gerungen wird, wie man katastrophale Entwicklungen vermeiden kann, werden hier Pläne vorangetrieben, die die negative Entwicklung vor Ort beschleunigen.

Die Kosten für Planung und Neubau stellen dabei auch eine Verschwendung von Steuergeldern dar. Die Gelder werden dringend benötigt, um den Klimawandel zumindest zu bremsen und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen.

Die momentan vorgesehenen Varianten sind alle mit einer massiven Neuzerschneidung von Feldern, Wiesen und Waldgebieten und mit einer großen Flächenneuversiegelung verbunden. Dabei sind verschiedene spezielle Schutzgebiete wie FFH-Gebiete und Wasserschutzgebiete und Brutvogelreviere betroffen, auch solche von vom Aussterben bedrohten oder (stark) gefährdeten Arten wie Feldlerche, Bluthänfling oder Kiebitz. Dies ist im Hinblick auf den starken Rückgang der biologischen Vielfalt nicht nur für uns inakzeptabel, sondern stellt auch einen Verbotstatbestand dar.

Die Begründung für ein vordringliches öffentliches Interesse, die eine Ausnahmeregelung rechtfertigen würde, ist in unseren Augen nicht stichhaltig. Wir behalten uns deshalb die Möglichkeit einer Verbandsklage vor.

Auch der Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und von fruchtbaren Böden ist im Hinblick auf die Ernährungssouveränität Deutschlands nicht mehr hinnehmbar und, wie im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Zukunft der Landwirtschaft deutlich geworden, nicht im Interesse von Erzeugern und Verbrauchern in der Region.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Rumpel
Geschäftsführerin BUND-Umweltzentrum Ortenaukreis

Diese Stellungnahme ergeht auch im Namen des BUND-Landesverbandes BaWü.